

Wir bauen unsere Stadt

Über den Trend zur Mitbestimmung

Immer mehr Menschen wollen ihren Lebensraum selbst gestalten können. Und tatsächlich sprießen Projekte aus dem Boden, bei denen Bürger und Bürgerinnen gefragt werden, wohin sich ihr Ort entwickeln soll. Reagiert damit die Politik auf den Ruf nach mehr Mitbestimmung? JULIA STALLER, MAURICE MUNISCH KUMAR

Hall in Tirol, im Jahr 2028: In der Innenstadt fahren kaum Autos, die Burg Hasegg hat ein prall gefülltes Kulturprogramm, ein Stadtmuseum lockt Touristen an. In den Parkanlagen und der Altstadt flanieren Jung und Alt. So oder so ähnlich könnte Hall in fünfzehn Jahren aussehen – zumindest wenn es nach seinen Einwohnern geht. Deren Zukunftsvisionen wurden bis Ende Oktober im Rahmen des Beteiligungsprogramms „Mein Hall“ gesammelt. Wie ihre Stadt der Zukunft aussieht, sollen sie selbst mitentscheiden können. „Die ganze Stadt soll sich angesprochen fühlen“, beschreibt Caroline Schneider vom Stadtmarketing Hall das Ziel. Doch nicht nur in Hall liegt die Bürgerbeteiligung im Trend. Tirol-, österreich-, ja europaweit wird sie in der Stadtplanung forciert.

Rund zehn Kilometer von Hall entfernt: Mitentscheiden, wohin die Stadtplanung gehen soll – das steht auch in Innsbruck hoch im Kurs. Derzeit wird im Rathaus ein Büro für Bürgerbeteiligung aufgebaut. Peter Brühwasser erklärt, dass sein Büro bei städtischen Großprojekten zum Zug kommen soll: „Wir werden zwischen Politik, Verwaltung und Bevölkerung vermitteln und Bauvorhaben begleiten, um die Kommunikation zwischen den Beteiligten zu fördern.“ Denn bekanntlich kommen durchs Reden die Leute zusammen – und genau deshalb bringe es Vorteile für alle Beteiligten, wenn die Bevölkerung bei städtebaulichen Fragen schon von Beginn an miteinbezogen wird, ist sich Elisabeth Purker sicher. Purker arbeitet bei der Österreichischen Gesellschaft für Umwelt und Technik (ÖGUT) und ist Mitglied der Strategieguppe „Partizipation“, die vom Lebensministerium initiiert wurde. „Immer mehr Leute wollen nicht, dass über sie bestimmt wird, sie wollen ihren Lebensraum selbst mitgestalten, wollen, dass ihre Ideen und Ängste gehört wer-



Programme zur Stadterneuerung in den USA waren schon in den 1970ern Anstoß für eine breite Diskussion über die „Demokratisierung der Stadtplanung“ in Europa. Es folgten gesetzlich vorgeschriebene Beteiligungsverfahren. Aber auch freiwillige Bürgerbeteiligung wird in Politik und Verwaltung immer öfter forciert.

den“, sagt Purker, und: „Das findet immer mehr Gehör in der Politik.“ Aber nicht nur deshalb sprießt ein Beteiligungsprojekt nach dem anderen aus dem Boden. Die Bevölkerung schon vor städtebaulichen Vorhaben miteinzubeziehen, bedeute für die Verantwortlichen auch, die Gefahr von Beschwerden im Nachhinein zu vermeiden. Freilich kann das auch zum Stolperstein werden, denn: „Es muss klar kommuniziert werden, was verhandelbar ist und was nicht“, sagt Purker.

Rückblick: Letztes Jahr wurde von der Stadt Innsbruck das Beteiligungsprojekt „Anpruggen“ initiiert. Bewohner und Gastronomen von St. Nikolaus und Mariahilf wurden befragt, wohin sich ihre Stadtteile entwickeln sollen. „Ein Pilotprojekt“, nennt es Bernhard Vettorazzi heute, Geschäftsführer vom Stadtmarketing Innsbruck, das mit der Durchführung beauftragt wurde. Warum das Stadtmarketing? „Natürlich, das kann man offen sagen, geht es hier um einen Markenbildungsprozess.“ Vor allem St. Nikolaus als ältester Stadtteil Innsbrucks soll für Touristen attraktiver werden. Dass die St. Nikolauser aber weit mehr beschäftigt, wurde bald klar. Der Abriss historischer Gebäude, die Gefahr einer Gentrifizierung des ehemaligen Arbeiterstadtteils, mangelnde Unterstützung der Gastronomen in der Gastgartenfrage waren einige der wiederkehrenden Schlagworte. „Man hat in dieser ersten Projektphase gesehen, wie heterogen die Bevölkerung ist“, fasst Vettorazzi zusammen, „das ist für uns ein Lernprozess, aber auch die Bürger müssen lernen, mit dieser neuen Art der Politik umzugehen.“ Das Projekt „Anpruggen“ startet nun in die zweite Projektphase. Reibungspunkte werde es mit Sicherheit wieder geben, sagt Vettorazzi, aber die Einrichtung des Büros für Bürgerbeteiligung werde in Zukunft die Kräfte bündeln.



Während in Tiroler Städten diese Form der Bürgerbeteiligung noch in den Kinderschuhen steckt, gehört sie anderswo zum politischen Alltagsgeschäft. „Vorarlberg hat es längst geschafft, auf allen Ebenen eine Kultur der Beteiligung zu etablieren“, sagt Elisabeth Purker. Die Beispiele dafür sind vielfältig. In BürgerInnencafés wird sich über aktuelle Themen ausgetauscht, der Wunsch nach Energieautonomie wird mit aktiver Bürgerbeteiligung verknüpft und Gesetzesentwürfe können von Bürgern

„Politik und Verwaltung müssen erkennen, dass Bürger die lokalen Experten ihres Lebensraums sind.“

begutachtet werden. Diese „Kultur der Beteiligung“ hat Vorarlberg Anfang des Jahres sogar in die Landesverfassung aufgenommen – erstmals in Europa. „Gemeinsam Verantwortung für den öffentlichen Raum zu übernehmen“, müsse zum Leitprinzip werden, fasst Elisabeth Purker zusammen, „Politik und Verwaltung müssen erkennen, dass Bürgerinnen und Bürger die lokalen Experten ihres Lebensraums sind.“

Die Möglichkeit zur Mitgestaltung muss aber noch oft von Bürgern eingefordert werden, wie etwa beim Großpro-

jekt Grassmayr-Kreuzung in Innsbruck, wo der geplante Ausbau auf heftigen Widerstand der Anrainer trifft. Oder die von der Stadt angedachte Sillpromenade an der Hunoldstraße – die Anrainer protestierten gegen einen Abriss von Gebäuden und Grünflächen. Derzeit bleibt es also noch bei Beteiligungsinseln, die von Politik und Verwaltung auserkoren werden. Ein Gegenkonzept wären BürgerInnenräte, die es in Vorarlberg gibt, die aber auch schon in anderen Bundesländern wie Tirol, in St. Ulrich am Pillersee, erprobt wurden. Nach dem Zufallsprinzip werden einige Bürgerinnen und Bürger ausgewählt, die gemeinsam relevante Themen erarbeiten. Auch Stadtteilversammlungen, wie sie etwa regelmäßig in Igls stattfinden, können eine solche offene Form der Bürgerbeteiligung sein. Wichtig dabei ist, sagt Elisabeth Purker, „dass klar ist, was am Ende mit den Ergebnissen passiert.“ In Igls werden zum Beispiel die gesammelten Anregungen in den Gemeinderat eingebracht.

Und in Hall? Auch hier werden die Ergebnisse dem Gemeinderat überreicht. „Der eine oder andere Vorschlag soll ins nächste Jahresprogramm der Politik aufgenommen werden“, berichtet Caroline Schneider vom Stadtmarketing. Was genau, bleibt eine politische Entscheidung. „Aber die werden einige Sachen umsetzen müssen, sonst wird man es sich mit der Bevölkerung verspielen.“